

Landesbank ist „größter Kriminalfall“

Der Landesvorsitzende der Freien Wähler, Huber Aiwanger, sprach in Gunzenhausen

GUNZENHAUSEN (fa) – Als den „größten Kriminalfall in der bayerischen Geschichte“ wertet Hubert Aiwanger, der Landesvorsitzende der Freien Wähler, den Skandal um die Landesbank, um dessen Klärung sich die politischen „Kommissare“ mehr oder weniger bemühen – je nachdem, in welchem Lager sie stehen. Der Spitzenmann der FW sprach auf der Jahresversammlung des Gunzenhäuser Ortsverbands von „kriminellen Machenschaften“ und nannte auch die Schuldigen: „Das ist eine reinrassige CSU-Geschichte.“

Aiwanger, auf den die Gunzenhäuser FW-Leute mehr als eine Stunde warten mussten, wandte sich ausgiebig den Vorgängen um die Landesbank zu und nannte sie „äußerst dubios“. Viele hätten sich „die Finger abgewischt“. Dem früheren Verwaltungsratsvorsitzenden (und Sparkassenpräsidenten) Siegfried Naser hielt er vor, die ganze Angelegenheit über die Landtagswahl hinweggeschleppt zu haben: „Das Parteibuch war ihm wichtiger als die Interessen der Sparkassen.“ Hinter dem Skandal und dem Kauf der Tochter „Hypo Group Alpe Adria“, der dem Freistaat mehr als zehn Milliarden Euro kostete, steckten „mafiose Kreise“. Es gebe zu viele Merkwürdigkeiten bei der Bearbeitung der Angelegenheit. Die Rolle des einstigen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber müsse im Landtags-Untersuchungsausschuss geklärt werden. Er habe starken politischen Druck aufgebaut, die Landesbank habe auch der Münchner CSU billige Kredite verschafft.

Der Landeschef, der kürzlich auch zum Bundesvorsitzenden der FW gewählt wurde, votiert für eine beschränkte Laufzeit für die Kernkraftwerke. Die Entsorgung des Atomabfalls sei bis heute nicht geklärt. „Sie kostet dem Steuerzahler zwei bis drei Milliarden Euro, aber die Stromerzeuger schieben die Gewinne ein“, ahnt der 39-Jährige, der aus einem 70-Seelendorf bei Rottenburg an der Laaber kommt und als Kreisvorsitzender des Jagdverbands irgendwie auch ein Grüner ist. Für die erneuerbaren Energien fordert er mehr Planungssicherheit. Kritisch sieht er, was in puncto Freiflächen-Fotovoltaikanlagen vor sich geht. Er spricht von 3000 Euro pro Hektar, die von Investoren den Landwirten gezahlt werden: „Das ist drei- bis sechsmal so viel wie mit der Landbewirtschaftung bisher zu erzielen war.“ Aiwanger fürchtet, dass am Ende wieder einmal die Manager



Landesvorsitzender Hubert Aiwanger (Mitte) im Kreis der Gunzenhäuser Vorstandsmitglieder Eduard Stern, Dr. Werner Winter, Otto Sparrer vom Bezirksverband, Kreisvorsitzende Luise Tröster, Thomas Fiege und Klaus Heger. Foto: Falk

von anonymen Fonds sich um Milliardenbeträge bereichern, die kleinen Investoren von ihren Aktien aber nichts mehr sehen. Diese Unsicherheit tut ihm leid, sagt der Niederbayer: „Die große Euphorie ist der Vorsicht gewichen.“ Dabei ist die Energieausbeute enorm, denn die Verstromung aus einem Hektar Fotovoltaik entspricht dem Biogas von 20 Hektar Mais. Dass sich in Bayern auf diese Weise 30 Prozent des Strombedarfs erzeugen lassen, hält er für machbar in den nächsten Jahrzehnten. Der Agraringenieur hält es aber für notwendig, auch Fotovoltaikanlagen auf Grünland zu fördern. Allerdings könnten die dezentralen Stromanbieter nicht mit den Marktgiganten konkurrieren, wenn der Atomstrom noch zu lange weiterlaufe. Die Verbraucher hätten auch

keinen Vorteil, denn: „Es bringt ihnen nichts, wenn sie nur zwischen vier Monopolisten wechseln können.“

Regierung hat „vehement versagt“

Aiwanger warnte davor, für eine sieben Kilometer lange S-Bahn-Strecke in München 2,5 Milliarden Euro auszugeben, während zeitgleich auf dem Lande die Bordsteine hochgeklappt würden. Zu viele Staatsstraßen seien kaputt. Aiwanger findet das nicht lustig, gibt aber dennoch gern den Witz weiter: „Warum kommen die Leute aus den neuen Bundesländern mit ihren Kindern nach Oberfranken? Weil sie ihnen zeigen können, wie es früher bei ihnen ausgesehen hat!“

Der FW-Landeschef verlangt daher, den Kommunalanteil am Steuerverbund zu erhöhen. „Die Staatsregie-

rung hat“, so wirft er in die Runde, „vehement versagt“.

Bildungspolitisch rät er von neuen Mittelschulverbänden ab, „die nicht mehr steuerbar sind“. Sein Szenario: „Aus den kleinen Landschulen wird das Dorfmuseum als Aufbewahrungsort für die Feuerwehrfahne. Soweit darf es nicht kommen!“ Die wohnortnahe und menschliche Komponente sei wichtiger als die Profilbildung an bestimmten Schulorten. Der FW-Politiker sieht „eine Entwicklung, die mir nicht gefällt“.

Im Fokus seiner Kritik steht allein die CSU, der er vorhält, die Freien Wähler oft nicht ernst zu nehmen und ungezielte Schnellschüsse von sich zu geben: „Die sind Zickzack-Fahrer, egal um welche Themen es auch geht.“